

Hilflos in die 80er Jahre

Ende 1981 hatte der DGB mit seinen 17 Einzelgewerkschaften fast 8 Millionen Mitglieder. Gemessen an der Zahl steht der DGB stärker da denn je. Doch wie sieht es wirklich aus?

Fast zwei Millionen Arbeitslose, sinkender Reallohn, Abstumpfung der Streikwaffe schon infolge der „leeren“ Kassen, Resignation und Angst bei einem großen Teil der Kollegen – das ist die Situation, vor der der DGB-Kongreß stand. Wie hat er diese Fragen behandelt?

H.O.Vetter sah in der Massenarbeitslosigkeit den eigentlichen „Skandal“ dieser Gesellschaft. Und seine Schlußfolgerung war:

Mitbestimmung, Vermögensbildung, Gemeinwirtschaft und Kontrolle neuer Technologien seien die Antworten der Gewerkschaften auf die drängenden Fragen, *„die uns ein Wirtschaftssystem aufgibt, das Arbeitslosigkeit nicht verhindert, mit dem wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen untrennbar verbunden sind.“*

Um ihre grundsätzliche Stellung zu dieser Gesellschaft klarzustellen, ergänzte er: *„Es geht nicht darum, die Marktwirtschaft durch eine zentrale Planwirtschaft zu ersetzen, es geht darum, den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu rücken.“* Um das zu erreichen, schlägt Kollege Vetter den Einsatz des Staates vor: über vorausschauende **Strukturpolitik und Investitionslenkung** sollen die Fehlentwicklungen des Systems korrigiert werden. Da müssen wir allerdings fragen, was macht denn eigentlich die SPD seit sie in die Regierung eingerückt ist? War nicht die Benutzung der Rezepte von Keynes mit der Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes, der mittelfristigen Finanzplanung des Staates, der Durchführung von Beschäftigungsprogrammen möglich geworden? Und was hat diese Art von „Planung“ den Arbeitern und Angestellten eigentlich gebracht? Waren nicht die gleichen Forderungen Teil des DGB-Grundsatzprogramms von 1949? **Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, damit ist der DGB damals angetreten.**

Schon 1946 hatte der damalige Gewerkschaftsvorsitzende Böckler erklärt: *„Wir haben nicht mehr die alten Klassegegner uns gegenüber. ... Also die Wirtschaft soll künftig unsere Wirtschaft sein. Wir wollen der maßgebende Faktor sein, und gelingt das, dann könnt Ihr Euch recht bald ein Bild davon machen, in wie vielen oder wie wenig Fällen die Anwendung des Streiks dann überhaupt noch notwendig bzw. zulässig sein wird.“* Heute hält der DGB diese Fahne immer noch hoch, aber im Unterschied zur Aufstiegsperiode nach dem Kriege geht es heute mit der kapitalistischen Wirtschaft abwärts. Die Auffassung der Gewerkschaftsführungen von 1946 hat der Erstarkung des westdeutschen Monopolkapitals den Weg geebnet, heute steht sie vor den Ergebnissen dieser Politik und kann nicht verhindern, daß die Gewerkschaftsmitglieder für diese Illusionen bezahlen müssen. Wer die ökonomische und politische Macht des Unternehmerlagers in der Krise unangetastet läßt und nur bettelnd an deren Rockschoßen Erfolge im Verteilungskampf herausholen will, kann die Interessen der Arbeiter und Angestellten in der Krise nicht mehr wahrnehmen, wenn die Überproduktion d.h. die fehlenden profitablen Absatzmöglichkeiten die Unternehmer zwingt, Kollegen auf die Straße zu setzen und Löhne zu drücken.

Auf dem DGB-Kongreß gab es niemanden, der solche wirtschaftsdemokratischen Illusionen grundsätzlich infrage stellte und sie an ihren Resultaten überprüfte. Kritik entzündete sich nur an Einzelpunkten. Und das lag nicht nur daran, daß auf der Tagung ein hoher Prozentsatz hauptamtlicher Funktionäre unter den Delegierten war oder daß die ehrenamtlichen Funktionäre besonders gut ausgesucht waren: Ursache dafür ist die Passivität der meisten Gewerkschaftsmitglieder, die in den letzten 30 Jahren der Konjunktur gewohnt waren, daß alles lief und sie nur eingzugreifen brauchten, wenn man sie rief. Nur allmählich erkennen sie wieder die Bedeutung ihrer eigenen Aktivität, die dazu noch auf den Widerstand der hauptamtlichen Funktionäre trifft.

Neue Heimat: Kontrolle von unten nicht erwünscht

Nach „Kontrolle“ wurde am lautesten in Sachen „Neue Heimat“ gerufen. Hier kam der Druck von Vertrauensleuten und Betriebsräten einer Reihe von Großbetrieben. Der schließlich in der Sache angenommene Antrag legt die Kontrolle wieder in die Hände desselben DGB-Vorstandes, der sich in der Vergangenheit als unfähig erwies, eine wirksame Kontrolle der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sicherzustellen: Nach Vorliegen der abschließenden Prüfungsergebnisse sollen von den zuständigen Organen – also dem Vorstand – alle sachlich notwendigen Entscheidungen getroffen werden, die selbstverständlich an den Beschlüssen des DGB zu orientieren sind.

Inhalt:

DGB-Kongreß: *Hilflos in die 80er Jahre* S. 1

Arbeiterkorrespondenzen:

Solingen, Bremshey AG: 1700 Entlassungen S. 4

Hoesch-Hüttenwerke,
Dortmund: 13000 – Keiner weniger ! S. 6

AEG: Zehntausende
von Arbeitsplätzen in Gefahr S. 7

KHD, Köln: Paul „Vietor“ Bleffert S. 9

Gewerkschafter für
den Frieden: „Der Hauptvorstand
bestimmt die Politik der ÖTV“ S. 10

So versuchen die DGB-Instanzen sich vor den Mitgliedern reinzuwaschen, ohne den Pelz naßzumachen, indem sie von Kontrolle etc sehr viel reden und ihr gleichzeitig aus dem Wege gehen. Und damit soll das Vertrauen der Mitglieder wiederhergestellt werden? Die deutschen Arbeiter haben sich jahrzehntelang nicht um politische Fragen gekümmert, aber für dumm sollte man sie deshalb nicht verkaufen wollen. Solange jedoch die Kontrolle von den Mitgliedern durch die Mitglieder nicht durchgesetzt wird, sind ähnliche Vorfälle auch in der Zukunft zu erwarten. Der BR-Vorsitzende von Stihl (dem Betrieb des badenwürttembergischen Arbeitgeberverbandes), Kollege Weinmann, schilderte die Folgen: „Zunächst hatten wir im Frühjahr 1981 eine beispielhafte Mobilisierung unserer Mitglieder erlebt, die bei der neuen Beweglichkeit voll mitgemacht und Lohnausfall hingenommen haben, um die von Gesamtmetall groß angekündigte Trendwende zu einem massiven Lohnabbau abzuwenden. Als dieselben Kollegen aber im November in Stuttgart auf die Straße gingen, um den Abbau des Sozialstaates abzuwenden, bekamen sie von denselben Kollegen aus Frankfurt und Düsseldorf einen Rüffel. Wir hatten nicht beachtet, daß Kaufkraftabbau durch eine sozial-liberale Regierung aus koalitionstechnischen Gründen anders zu bewerten ist als ein Kaufkraftabbau durch die Arbeitgeber ... Doch was für ein Schlag auf den Hinterkopf dieser Kolleginnen und Kollegen, die auch bei rückläufigem Reallohn, wo die Decke vorn und hinten nicht mehr reicht, bereit sind, auf 30 oder 40 Mark Lohn zu verzichten, wenn sie gleichzeitig im Fernsehen erfahren müssen, daß leitende DGB-Funktionäre nicht einmal mehr wissen, wieviel hunderttausend Mark sie wo angelegt haben.“ Loderer und Pfeiffer „kontrollieren“ weiter sich selbst.

Diskussion zu Aufrüstung

Gegen den vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Antrag „Entspannung, Abrüstung und Frieden in der Welt“, der so nichtssagend war, daß die Antragsberatungskommission alle Anwesenden besänftigt glaubte, mußte Eugen Loderer Stellung beziehen, da (gegen seinen Widerstand) auf dem IGM-Gewerkschaftstag der NATO-Beschluß zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen verurteilt wurde. In der Diskussion begann sich eine Polarisierung abzuzeichnen. Eine Gruppe von Rednern um Hauenschild (IG Chemie) versuchte, eine Kritik an der NATO zu verhindern: „Woher nehmen wir in dieser Frage wieder das Recht, andere Positionen einzunehmen als die Parteien, denen Millionen von Arbeitnehmern nun einmal ihre Stimmen gegeben haben; und das sind neben der SPD die CDU und FDP.“ Natürlich gebe es in diesen Parteien auch Gegner des NATO-Beschlusses, aber: „Kann es denn unsere Aufgabe auf diesem Kongreß sein, diese Minderheiten in den politischen Parteien zu repräsentieren, oder kann es unsere Aufgabe sein, um das einmal zu personifizieren, Erhard Eppler oder Oskar Lafontaine nachträglich ein Erfolgserlebnis zu verschaffen. Ich denke, das kann nicht unsere Aufgabe sein.“ Hermann Rappe (IG Chemie), ebenfalls Rechtsaußen nicht nur in dieser Frage, unterstützte diese Linie. Das, was dann als Kompromiß verabschiedet wurde, lautet: „Insbesondere fordern die deutschen Gewerkschaften mit Nachdruck, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ernsthaft und zügig fortgesetzt werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.“ Detlef Hensche (IG Druck), der gegen den NATO-Beschluß Stellung bezogen hatte, erläuterte, die Einigung auf diese For-

mel sei deshalb möglich geworden, weil offengeblieben sei, auf welchem Wege die Gewerkschaften die weitere Aufrüstung verhindern wollten; die beiden Positionen: „Entweder auf dem Wege der Genfer Verhandlungen oder im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß“ Auf gut deutsch verpflichtet der Beschluß den DGB-Vorstand zu nichts. Die Friedenspolitik der Deutschen Gewerkschaften seit 1914 findet eine konsequente Fortsetzung.

Das gleiche Thema kam an anderer Stelle hoch, als es darum ging, das Verbot des DGB-Bundesausschusses aufzuheben, sich unter Nennung der Gewerkschaftszugehörigkeit an Unterschriftenaktionen zu beteiligen. Der Beschluß vom letzten Jahr richtete sich gegen den „Krefelder Appell“ und die Aufrufe von Gewerkschaftern für die Demonstration am 10.10.81. Georg Benz (IGM) fragte, was denn der DGB eigentlich getan habe, um in dieser Frage Wirkung zu erzielen. Dem trat Heinz Klucker (ÖTV) massiv entgegen: „Wer als Staatsbürger Aktionen unterstützen will, die von den Gewerkschaften selbst nicht getragen werden, muß Sorge tragen, a) daß diese seine Aktivitäten nicht mit seiner gewerkschaftlichen Funktion in Verbindung gebracht werden können, b) daß die Initiatoren derartiger Aktionen nicht die Möglichkeit erhalten, sich auf die Gewerkschaftszugehörigkeit der Unterschriftenleistenden beziehen zu können, c) daß nicht auf andere Weise in der Öffentlichkeit der irreführende Anschein einer gewerkschaftlichen Meinungs- bzw. Willenskundgebung hervorgerufen werden kann.“

Solche Entscheidungen müssen den Funktionären in den oberen Etagen der Gewerkschaftshäuser überlassen bleiben – meinen die hauptamtlichen Gewerkschaftsführer. Obwohl die große Mehrheit der Delegierten das „Verbot“ bestätigte, setzten sich in vielen Städten Gewerkschaftskollegen unter Nennung ihrer Mitgliedschaft für eine Teilnahme an der Demonstration gegen Reagan und den NATO-Kurs in Bonn ein. Sie nahmen den alten Auftrag der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Krieg wirklich ernst.

Angriffe gegen den sozialen Besitzstand ohne Gegenwehr?

Vergleichsweise wenig Diskussionen gab es zum Sozialabbau, zur Arbeitslosigkeit und was denn nun die DGB-Gewerkschaften dagegen machen wollen. Die wachsende Unruhe bei einem Teil der Mitglieder spiegelte sich in einigen Beiträgen wider. So wies Karl-Heinz Janzen von der IGM darauf hin, daß die meisten Vorsitzenden der Gewerkschaften und der DGB-Bundesvorstand in Reden und Presseerklärungen zwar die soziale Unausgewogenheit der „Haushaltsoperation 82“ kritisiert hätten, aber es sei „ein mehr als schwaches Bild“ gewesen, daß es in der Praxis nur eine Protestkundgebung von 70.000 Arbeitnehmern in Stuttgart gegeben habe. Außerdem könne durch die Bewertung der Regierungspolitik als „Schritt in die richtige Richtung“ für die Zukunft nur der Eindruck entstehen, als dürfe die Regierung ruhig so weitermachen. Er wies auch darauf hin, daß die ÖTV im Frühjahr bei ihrem Kampf um den Erhalt der Tarifautonomie „im Zweifelsfall nicht mit einer breiten DGB-Solidarität rechnen konnte und die Proteste gegen die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose viel zu spät kamen.“ Ähnlich argumentierte Franz Steinkühler, Bezirksleiter von Baden-Württemberg: wenn die Entwicklung so weitergehe, stehe am Ende „der Sozialstaat zur Disposition“. Er zog Parallelen zur Weimarer Republik, wo der soziale Besitzstand ebenfalls abgebaut wurde und die Folge die Niederlage der Arbeiterklasse war. Er machte öffentlich, daß es im DGB überhaupt keinen geschlossenen Widerstand „gegen die Generalstabarbeit des Klassengegners gibt, der dabei ist, das soziale Netz aufzuzurren.“ Für die Gewerk-

schaften stelle sich die Frage der **Glaubwürdigkeit**, wenn sie immer nur von der Verteidigung der Arbeitsplätze redeten, aber nie handelten.

Zu einer wirklichen Diskussion über diese Fragen und die Gegenwehr der Gewerkschaften kam es nicht. Die meisten Delegierten schwiegen und ließen die Antragsberatungskommission wie gewohnt für sich arbeiten. Lediglich Loderer forderte die Mitglieder zur Einheit auf und nannte die Beziehungen zur Bundesregierung an sich so gut, wie es sie nirgends auf der Welt gebe. Was für einen Inhalt kann denn dann noch die Forderung nach Einheit ergeben, außer dem, beim Sozialabbau der Regierung stillzuhalten?

Mit Papier gegen die Arbeitslosigkeit?

Die Beschlüsse wurden wie gewohnt „mit breiter Mehrheit“, **ohne überhaupt die Frage nach ihrer Durchsetzung zu stellen**, gefaßt.

Zur Beschäftigungspolitik kam erneut der Vorschlag nach einem 50-Milliarden-Programm der Regierung, es gab Beschlüsse zur vorausschauenden Strukturpolitik (was immer das auch sei), zur aktiven Lohn- und Beschäftigungspolitik, zur Rentenreform, zur Steuerpolitik (die den Delegierten der IG Chemie zu stark im einseitigen Interesse der Arbeitnehmer waren) usw. usw. Wenn es nach der Beschlußlage ginge, gäbe es bald ein „*Recht auf Arbeit*“ und die „*Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit*“ (Antrag Nr. 17), da wäre es auch möglich, zur „*Sicherung der Stahlstandorte*“ (Antrag Nr. 127) zu kommen, „*Rationalisierung und technischen Wandel*“ (Antrag Nr. 207) in den Griff zu kriegen. Als zentrales Ziel wurde die Durchsetzung der Montanmitbestimmung in Großbetrieben der Industrie beschlossen; der Bundesvorstand soll ein entsprechendes Aktionsprogramm erarbeiten.

Fast die gleichen Beschlüsse hatte doch der letzte Gewerkschaftstag gefaßt! Warum wurden sie eigentlich noch nicht verwirklicht?

MAN-GHH, Sterkrade:

*Die Vertrauensleutekonferenz möge beschließen:
Der Vorstand der IGM, die Ortsverwaltung und der Bezirk sollen unverzüglich umfassende Vorbereitungen treffen für den Kampf um die 35-Stunden-Woche. Auf allen Ebenen der Organisation muß schon heute begonnen werden, über die Notwendigkeit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit aufzuklären. Unabdingbar ist dabei eine enge Zusammenarbeit mit den anderen DGB-Gewerkschaften insgesamt.*

16.6.82

Beispiel:

Es ist eine Sache, die 35-Stunden-Woche zu fordern, eine andere, sich zu überlegen, wie man dahin kommt. Bereits auf dem Kongreß war es ein offenes Geheimnis, daß die IG Chemie davon nichts wissen will und Richtung „*Tarifrente*“ abschwenkt und daß Teile der IGM-Funktionäre das gleiche anpeilen (siehe den Vorstoß des Kölner Bezirksleiters Bräuer, der wohl kaum ohne Abstimmung mit Loderer zustande gekommen sein dürfte). Nach Berechnungen der IGM-Bezirksleitung Stuttgart würde sich z. B. die „*Tarifrente*“ so auswirken, daß nur 1,6 Prozent aller Beschäftigten in der Metallverarbeitung von einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre berührt würden. Schon daraus ergibt sich, daß die Masse der IGM-Mitglieder das für sich nicht als Alterna-

tive betrachten können und die Arbeitslosigkeit nicht im geringsten abgebaut würde. Statt zu analysieren, warum die Unternehmer 1978 gegen die Stahlarbeiter die Aussperrung anwandten und damit den Einstieg in die 35-Stunden-Woche abblockten, statt zu fragen, wie man diese Schranke durch gemeinsame Kraftanstrengung aller Gewerkschaften überwinden kann – **Beschlüsse ohne Bezug zur Wirklichkeit und ohne Folgen!** So wird die Glaubwürdigkeit in den Augen vieler Mitglieder immer weiter untergraben, die auf Hilfe und Führung durch die „große Organisation“ hoffen. Der DGB beginnt, sich immer deutlicher als leere Hülle, als Koloss auf tönernen Füßen zu erweisen. Wenn wir es dulden, werden wir die Folgen tragen.



Die Gegner der Arbeiter und Angestellten schlafen nicht

Auf dem Kongreß nahmen Bundespräsident Carstens, Kanzler Schmidt, F.J. Strauß in Begrüßungsansprachen zu den Aufgaben der Gewerkschaften Stellung. Darin drückt sich aus, daß sie den DGB und seine Rolle als **Ordnungsmacht** gegenüber den Arbeitern und Angestellten als äußerst wichtig ansehen. Und **diese** Aufgabe wird angesichts der massiven Rationalisierung in Betrieben und Verwaltung, Massenentlassungen und Betriebsschließungen für sie immer wichtiger. Mit Hilfe der Gewerkschaften wollen sie Entwicklungen wie in Frankfurt, wo die Kollegen von VDM, Rockwell-Golde und DEMAG die Betriebe besetzten, verhindern oder unter Kontrolle kriegen. Der Teil der Delegierten, der während der Rede von Strauß den Saal verließ, spürte diese Art der Vereinnahmung durch den Klassegegner, aber sie ergriffen nicht das Wort zum Protest. Was nützt es da, wenn der neue DGB-Vorsitzende, Ernst Breit, sich mit der Rolle des DGB als Gegenmacht beschäftigt und gleichzeitig für das Rederecht von Strauß auf dem Kongreß eintritt? Es dürfte kein Trugschluß sein, daß der neue DGB-Vorstand da anknüpfen will, wo Heinz-Oskar Vetter aufgehört hat: bei Geheimgesprächen mit der CSU-Spitze (z.B. anlässlich der 75-Jahr-Feier in Mannheim, Schreiben z.B. an den bayrischen DGB, ein CSU-Mitglied in den Vorstand zu wählen usw.).

Was wir und alle die Aktiven, die der Vorstandslinie nicht folgen, im Zweifel zu erwarten haben, wurde auch auf dem Kongreß beschlossen: „*Der DGB-Bundeskongreß fordert alle Mitglieder und Funktionäre auf, sich gegen demokratie- und gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen politischer Extremisten zur Wehr zu setzen. Allen Versuchen,*

An den DGB-Bundeskongreß, an die Delegierten

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Vertreterversammlung der IG Metall der Verwaltungsstelle Aachen übersendet Euch ihre herzlichen Grüsse und wünscht dem Kongreß ein gutes Gelingen.

An unsere Wünsche knüpft sich die Hoffnung und Forderung, daß ihr in Anbetracht der Situation, in der wir uns als abhängig Beschäftigte in der Bundesrepublik befinden, die richtigen, in unserem Interesse liegenden, und für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung richtungsweisenden Beschlüsse fassen werdet.

Wir wollen Euch aber auch nicht verschweigen, daß wir es als höchst unverständlich, befremdend und unseren Interessen nicht dienlich empfinden, daß der durch seine Gewerkschaftsfeindlichkeit bekannte F.J. Strauss Rederecht auf dem Kongreß der im DGB organisierten abhängig Beschäftigten erhalten soll.

In diesem Zusammenhang wollen wir Euch in Erinnerung bringen, daß es Herr Strauss war und ist, von dem die massivsten und verleumderischsten Angriffe auf die Arbeiterbewegung und ihre Repräsentanten geführt werden.

Der Vergleich demokratischer Schriftsteller mit Ratten und Schmeißfliegen, die Gleichsetzung von Sozialisten mit den Nazibanden Hitlers und nicht zuletzt der Rauschmiß von Arbeitern aus den Betrieben und Schülern aus den Schulen wegen Tragens von „Stoppt Strauss“ Plaketten sind nur einige aus dem Katalog drastischer Beispiele.

Als Gewerkschafter müssen uns hierbei insbesondere ständig warnend vor Augen stehen, die vielen Freundschaften, die Herr Strauss zu faschistischen Regimen unterhält, und seine lobenden Worte über die dort herrschende politische Ordnung und Stabilität.

Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, daß Herr Strauss als Vertreter der äußersten Reaktion, und derjenigen Kreise aus Industrie und Hochfinanz, die schon einmal die Voraussetzungen für die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung schufen, kein Rederecht auf dem DGB-Kongreß erhalten darf.

In diesem Sinne fordert die Vertreterversammlung der IG Metall der Verwaltungsstelle Aachen den Bundeskongreß des DGB auf, Herrn Strauss mitzuteilen, daß er auf dem Kongreß der im DGB organisierten abhängig Beschäftigten unerwünscht ist.

Mit kollegialen Grüßen die Delegierten der Vertreterversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Aachen.

den DGB für ideologische, mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft unvereinbare Zwecke zu mißbrauchen, ist entschlossen entgegenzutreten. Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen, daß die strikte Einhaltung unserer Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber politischem Extremismus unverzichtbar ist.“ (Antrag Nr. 43). Wohin das Ingangsetzen der Ausschlußmaschinerie statt der sachlichen Austragung unterschiedlicher Meinungen in der Organisation führt, zeigt der Ausschluß von HDW-Kollegen aus der IGM. Ist aktive Gewerkschaftsarbeit „Extremismus“? Das Aufrücken von Ilse Brusis, die wegen ihrer Ausschlußpolitik gegen Kommunisten und linke Kollegen in der GEW Nordrhein-Westfalen keine Mehrheit mehr fand, spricht Bände. Dieser Art von

Ordnungspolitik im Sinne der herrschenden Klasse können wir nur entgegenwirken, wenn wir uns auf die Kollegen stützen, die anfangen, sich Gedanken über ihre Zukunft zu machen und enger zusammenzurücken. Es wird immer nötiger, daß wir Mitglieder uns um den Zustand der Gewerkschaften kümmern. Von der großen Mehrheit derjenigen Funktionäre, die auf dem DGB-Kongreß die Führung darstellten, ist keine Führung mehr zu erwarten.

SOLINGEN, BREMSHEY AG:

1700 ENTLASSUNGEN



Still und leise, möglichst ohne öffentliches Aufsehen und ohne Unruhe im Betrieb, will die Bremshey AG zum Jahresende ihre 1 736 Beschäftigten auf die Straße setzen. Die Werke in Solingen, Bilden, Niedenstein, Heidelberg sowie die Auslandsniederlassungen in Taiwan und Portugal sollen geschlossen werden. Als Begründung für diese rigiden Maßnahmen nennt die Firmenleitung Verluste in den letzten 5 Jahren und für den Fall einer Weiterproduktion hohe notwendige Investitionen.

Mit der Bremshey AG würde eines der ältesten und größten für die Solinger Industrie spezifischen Familien-Unternehmen von der Bildfläche verschwinden.

Im heutigen Solinger Stadtteil Ohligs wurde der Betrieb 1862 zur Waffenfabrikation gegründet. Nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges erschien die Waffenherstellung nicht mehr profitabel genug, die Firma begann mit der Herstellung von Schirmfurnituren.

Ende des 19. Jahrhunderts zählte das Werk mehr als 600 Beschäftigte, und gehörte damit zu den größten Solinger Betrieben.

1905 folgte der Aufbau eines weiteren Werkes in der Nachbarstadt Hilden. Nach dem 1. Weltkrieg wird die Produktion um weitere Stahl- und Metallartikel erweitert. Zu Beginn der 30iger Jahre beginnt Bremshey mit Herstellung des 1926 erfundenen, mittlerweile weltbekanntesten Taschenschirms KNIRPS. 1932 kommt es zur Bildung des KNIRPS-Konsortiums aus bis dahin konkurrierenden Schirmfabriken aus dem gesamten Reich. Unter dem Faschismus wird die Produktion weiter ausgeweitet, und um die Bereiche Automobilteile und Ladeneinrichtungen ergänzt. Ebenso wird Mitte der 30iger Jahre mit der Kriegsproduktion begonnen. Bremshey wächst zu einem Betrieb mit mehreren tausend Beschäftigten.

Nach Beendigung des Krieges erfolgt die Wiederaufnahme der zivilen Fabrikation mit 80 Arbeitern. Aus dieser Arbeitergeneration des Wiederaufbaues sind heute noch eine ganze Reihe im Betrieb beschäftigt. In den Jahren des BRD-„Wirtschaftswunders“ laufende Ausweitung der Produktion, (Kleinföbel) und Gründung von weiteren Werken (in Nördlingen und Niedenstein). Die Belegschaftszahlen steigen ständig, der Umsatz der Firma steigt aber noch rasanter. Mitte der 70iger Jahre hat Bremshey 3 500 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von 260 Mill. DM.

Erste Schwierigkeiten für das bis dahin in völligem Familienbesitz befindliche Unternehmen werden 1976 öffentlich bekannt. Mannesmann beteiligt sich zu 25% an Bremshey, das Unternehmen wird zur Aktiengesellschaft umgewandelt. Im Laufe der nächsten Jahre wird die Belegschaft um mehr als die Hälfte verringert. Parallel zu den ersten Entlassungen in Solingen 1978 werden Teile der Schirm-Produktion nach Taiwan und Portugal verlagert. Zu Beginn des Jahres 1981 wird das Werk in Nördlingen endgültig geschlossen. 400 Kollegen werden entlassen, nachdem bereits 1979 dort 90 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden waren. Im Werk Nördlingen wurden Stahlrohrmöbel und das prämierte Bremshey-Krankenhausbett hergestellt. Während in Nördlingen die Kollegen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpften, verhält sich Gewerkschaft und Belegschaft in Solingen und Hilden ruhig. Die Firmenleitung begründet diese Schließung mit der Notwendigkeit der Anpassung an die Markterfordernisse. Einen Sozialplan erhalten diese Bremshey-Kollegen nur nach schwierigen Verhandlungen durch den Spruch der Einigungsstelle zu schlechten Bedingungen. Ebenfalls in diesem Jahr übernimmt Mannesmann eine Bürgschaft über 50 Millionen, um den Konkurs des gesamten Betriebes zu verhindern. So wird es jedenfalls den Kollegen und der Öffentlichkeit gegenüber behauptet.

Anfang des Jahres 1982 umfaßt die Belegschaft noch knapp 2 000 Beschäftigte. Die Knirps-Verwaltungsabteilung wird zur selbständigen Tochtergesellschaft und nach Köln verlagert. Die Produktion des Knirps bleibt in Hilden und Solingen. (Der KNIRPS wird übrigens weiterhin vom Konsortium hergestellt werden. ‚Lediglich‘ die Bremshey Produktionsstätten werden vernichtet.) Im Juni folgt dann die Ankündigung der Firmenleitung, die gesamte Produktion zum Jahresende einzustellen, und sämtliche Bestandteile der Bremshey-AG zu verkaufen. Das, obwohl zur Zeit große Aufträge vorhanden sind, obwohl zur Zeit die Kollegen noch zu Überstunden angehalten werden.

Die Eigentümer von Bremshey rechnen aber zum Jahresende mit weiteren Umsatzeinbußen, und sind deshalb mittelfristig nicht mehr bereit einen Pfennig zu investieren. Leittragende sind die zum Teil schon seit Jahrzehnten bei Bremshey Beschäftigten. Neben dieser großen Gruppe älterer deutscher Kollegen arbeiten bei Bremshey vor allem Frauen und ausländische Kollegen. Sie werden nicht nur ihren Arbeitsplatz verlieren, denn auch bei erfolgreichem Verkauf einzelner Produktionsbereiche werden kaum Kollegen übernommen werden, ebensowenig werden die Mannesmannwerke einen nennenswerten Teil der Beschäftigten wieder einstellen. Es steht nicht einmal fest, ob genügend Geld für einen Sozialplan vorhanden sein wird. Die Kollegen haben die Erfahrungen der Schließung des Nördlinger Werkes vor Augen. Und nach Aussagen des Firmenvorstandes hängt die Höhe eines eventuellen Sozialplanes von den Verkaufserlösen der nächsten Monate ab. Dabei ist jedoch zu erwarten, daß aus diesen Verkäufen zuerst einmal der 50 Millionen Kredit bezahlt wird, bevor an die Belegschaft gedacht wird.

AUS DER GRUSSADRESSE DES SOLINGER FRIEDENSFORUMS:

*Wir als Teil der weltweiten Friedensbewegung erklären uns mit Euch solidarisch,
weil unser Kampf gegen die drohende atomare Vernichtung den Erhalt des Lebens bedeutet und mit Eurem Kampf um die Arbeitsplätze, um die Erhaltung Eurer Lebensgrundlage zusammengehören.
weil die wachsenden Ausgaben für die Rüstung sinnvolle Beschäftigungsprogramme, Arbeitsplatzsicherung und soziale Sicherheit immer unmöglicher machen.
weil Arbeitsplatzvernichtung und drohende Kriegsgefahr zwei Seiten einer Medaille sind.
Die Krise des Kapitals soll auf unseren Schultern gelöst werden. Im Inneren durch Arbeitsplatzabbau und soziale Demontage, indem man den Arbeitnehmern den Gürtel enger schnallt.
Im Äußeren durch verstärkte Aufrüstung die Möglichkeit schaffen, die Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft notfalls auch mit kriegerischen Mitteln zu erreichen.
weil wir diese Angriffe auf unsere materielle und physische Lebensgrundlage nur gemeinsam erfolgreich zurückweisen können.
Friedensbewegung und Arbeiterbewegung müssen zum gemeinsamen Kampf finden. Wir hoffen, daß Eure Bemühungen erfolgreich sein mögen.
Wenn wir Euch praktisch unterstützen können, wollen wir unseren Beitrag leisten.*

Ersten Protest machte die Belegschaft auf einer Demonstration in Hilden öffentlich. Insgesamt scheint die Stimmung innerhalb der Belegschaft und des Betriebsrates trotz der Nördlinger Erfahrungen auf den Abschluß eines guten Sozialplanes fixiert zu sein, der zumindest für die älteren deutschen Kollegen eine durchaus realisierbare Alternative zur Weiterarbeit darstellt. Für die ausländischen und weiblichen Kollegen würde ein Sozialplan natürlich nicht viel bringen. Die örtliche IG Metall aber orientiert ausschließlich auf ruhige, ordentliche Verhandlungen mit dem Unternehmer über einen Sozialplan. Obwohl mit der Bremshey-Schließung eine neue Etappe im Arbeitsplatzabbau in Solingen eingeläutet würde, der jetzt schon weitere folgende Entlassungen angekündigt sind, die ebenfalls fast 1 000 vernichtete Arbeitsplätze in mehreren Betrieben bedeuten. Obwohl die Arbeitslosigkeit in Solingen in den letzten Monaten rasant zu steigen begann, während diese Stadt bisher am untersten Ende der Statistik gestanden hatte. Obwohl Solingen zum Jahresende 1982 voraussichtlich 10% Arbeitslose haben wird (jetziger Stand 7,3% = 4 700 Arbeitslose). Obwohl Solingen, wie das gesamte Bergische Land als sterbende metallverarbeitende Industrieregion anzusehen ist, wo in den nächsten 5 Jahren weitere 10 000 Arbeitsplätze bei 80 000 Erwerbstätigen verloren gehen werden, nachdem bereits zwischen 1970 und 1981 mehr als 10 000 Arbeitsplätze vernichtet wurden. Die IG Metall sieht allem Anschein nach nicht die Notwendigkeit, irgendetwas für den Erhalt der Arbeitsplätze in Solingen zu tun. Ebenso wenig wie dies die Lokalpolitiker aller Parteien tun wollen. Wenn nicht im Laufe dieses Jahres an einem Punkt dieser Politik der Unternehmer Widerstand entgegengesetzt wird, wird Solingen zu einem Notstandsgebiet ersten Ranges, vergleichbar mit der Stahlstadt Dortmund.

13 000 –

Keiner weniger!

– ZUKUNFT DER ARBEITSPLÄTZE
WEITERHIN UNGEKLÄRT –

Die Betriebsräte haben Ende Mai den Anträgen der Geschäftsleitung auf Kurzarbeit in den Werken Phönix und Westfalenhütte zugestimmt. Für Juli und August wird mit Blockstillständen auf allen drei Werken gerechnet, d.h. für Tage oder Wochen wird in vielen Abteilungen überhaupt nicht gearbeitet. Als Begründung wird auf gesunkene Nachfrage verwiesen, einmal weil sich die Einkäufer vor der nächsten Stahlpreiserhöhung zum 1.7.82 stärker eingedeckt hätten und zum anderen, weil die Automobilhersteller Betriebsferien machen. Tatsache ist: es ist profitabler, nur einen Teil des Lohnes zu zahlen und sonst aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung in Form von Kurzarbeitergeld zu kassieren, als den vollen Lohn bei niedriger Auslastung und entsprechend niedriger Arbeitsintensität zu zahlen.

Richtig genommen geht es mit dem Hoesch-Konzern (besonders für die Deutsche Bank) trotz Kurzarbeit und rasantem Belegschaftsabbau aufwärts. So wurde in den ersten fünf Monaten dieses Jahres wieder ein Gewinn von 60 Mio. DM erwirtschaftet. Entsprechend stieg dann auch die Hoesch-Aktie an der Börse kurz vor der Aktionärshauptversammlung um 15%. Diese günstige Entwicklung ging aber einher mit einer noch größeren Auspressung der Hoesch-Belegschaft: der Rohgewinn pro Beschäftigten ist in dem Zeitraum von 1977 bis 1981 von 48 000 DM auf 65 000 DM gestiegen. Gleichzeitig ist jedoch in diesen vier Jahren der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten von 24% auf 21% gefallen (und das alles trotz der Sozialpläne).

Nutznieser dieser Entwicklung ist vor allem die Deutsche Bank. Der jährliche Aufwand für Zinsen und Tilgung ist von ca. 500 Mio. DM (1972) auf rund 1,3 Mrd. DM im Jahre 1981 angewachsen; für die Deutsche Bank allein ein Zinsgeschäft von 3 Mrd. DM in den letzten 10 Jahren.

Die beiden Hausbanken (Dresdner Bank für Krupp) sind auch dafür verantwortlich, daß die längst geplante Fusion von Hoesch und Krupp zur **Ruhrstahl AG** sich immer wieder verzögert.

Klar scheint sich abzuzeichnen, daß Krupp nur den verlustreichen Stahlbereich einbringen wird, der in der Konzernbilanz mit 80% der Gesamtschulden zu Buche schlägt. Im Maschinen- und Anlagenbau hatte Krupp im letzten Jahr mit einem Volumen von 6,3 Mrd. DM auch eine deutliche Auftragssteigerung (plus 121%!!) zu verzeichnen und damit den Stahlbereich übertroffen. Dieser Bereich bleibt natürlich außen vor. (Ähnlich wie bei der Ruhrkohle-Gründung, wo auch die Altgesellschaften des Bergbaus nur die unprofitablen Bereiche in die neue Gesellschaft einbrachten).

Eine weitere Unklarheit bleibt nach wie vor die Herauslösung von Hoesch aus dem holländischen Konzern ESTEL. 1,5 Mrd. gemeinsame Schulden stehen hier zur Diskussion. Es zeichnet sich ab, daß den größten Anteil Hoesch zu tragen hat, nämlich 900 Mio. DM.

Nun wird der Fusionsprozeß von außen beschleunigt. Bis zum 30.6.82 mußten die Anträge für Staatshilfen gemein-

sam mit Krupp gestellt werden. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß die Mittel nur für Investitionen zu haben sind, die vor 1985 verbaut sein müssen. Das trifft zwar für die „Durchlaufglühe“ für die Westfalenhütte zu, aber gleichzeitig wurden nun die Vorstände von Hoesch und Krupp gezwungen, Bauanträge auch für ein neues Stahlwerk, das damit nicht weniger umstritten bleibt, zu stellen.

Lange Zeit konnten sich beide Vorstände nicht auf ein gemeinsames Investitionsprogramm einigen. Das hat zu einiger Unruhe – zumindest unter den betrieblichen Funktionären – geführt. Sie sorgten auch für die notwendige Stimmung: „Wenn wir wieder vom Vorstand mit der ‚Verschaukelungstaktik‘ abgespeist werden, droht die Belegschaft die Klamotten zu schmeißen.“ teilte ein Vertrauensmann aus dem VKL dem Hoesch-Chef Rohwedder mit. Auf einer gut besuchten Vertrauensleuteversammlung (900 Kollegen) war die Mehrheit der Meinung: „Wenn jetzt nicht endlich eine konkrete Aussage über die Finanzierung und den Baubeginn für Stahlwerke und Durchlaufglühe erfolgt, muß mit Aktionen und Demonstrationen der Hüttenwerker gerechnet werden.“ Die Folge waren 3 außerordentliche Belegschaftsversammlungen in allen 3 Werken auf der Straße vor den jeweiligen Toren. Trotz Regens nahmen über 7 000 Kolleginnen und Kollegen teil. Kurt Schrade, BRV Westfalenhütte kündigte an, neue Fakten zu schaffen, wenn keine Anträge gestellt würden, und zwar auch im Alleingang ohne Krupp (ESTEL sind wir auch schon losgeworden), „wenn notwendig, auch mit dem dicken Hammer“.



Hier sollen zwar markige Worte die real nicht vorhandene Kampfkraft der Belegschaft ersetzen, aber dennoch hat die „gezielte Unruhe“ dazu geführt, daß auch Krupp letztendlich die Baupläne bzw. -anträge unterzeichnete.

Am 30.6.82 gingen dann auch 20 Anträge von allen deutschen Stahlkonzernen im Bundeswirtschaftsministerium ein. Auch Krupp/Hoesch stellten Antrag auf 4,2 Mrd. DM Unterstützung.

Mit der Bewilligung der Gelder sind jedoch Auflagen verbunden, die zur Verbesserung der Unternehmensstruktur und zum Abbau von Kapazitäten führen sollen.

Aufgrund der Lage der Dinge haben also beide Vorstände sich vorläufig festgelegt. Das Stahlwerkproblem ist damit aber nach wie vor nicht vom Tisch, denn beide Konzerne müssen dafür auch Eigenmittel aufbringen.

Auch die Belegschaft hat über ihre Vertreter im Vertrauensleutkörper und Betriebsrat eine Position bezogen, die nicht unmittelbar zur Aktion zwingt, sondern noch einen gewissen zeitlichen Spielraum läßt: „13 000 – keiner weniger! Stahlwerk jetzt!“ heißt die Parole. Derzeit sind noch knapp 16 000 Beschäftigte bei Hoesch. Allein in diesem Jahr werden noch durch gezielte Stilllegungsmaßnahmen noch weitere 2 000 Arbeitsplätze vernichtet. 13 000 als Grenze wird also 1983 erreicht sein. Für eine Kraftprobe mit dem Unternehmen hat die Belegschaft nicht mehr viel Zeit!

AEG:



ZEHNTAUSENDE VON ARBEITSPLÄTZEN IN GEFAHR!

„Glauben Sie wir hätten zum Beispiel dem Abbau von 30 000 Arbeitsplätzen in wenigen Jahren oder der Kürzung der Pensionsansparungen um zwei Drittel zugestimmt, wenn wir nicht von der Sanierungsfähigkeit überzeugt wären?“ meinte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Rubke gegenüber der FAZ am 11.6.82. Mit dem Argument, für die Sanierung des Konzerns müsse die Belegschaft Opfer bringen, damit die verbleibenden Arbeitsplätze sicherer würden, hatten die Banken 1979 geworben. Der in Teilbereichen nicht mehr konkurrenzfähige Multi sollte „abspecken“ und wieder gewinnträchtig werden. Als Rationalisierer wurde der Sprecher der Baden-Württembergischen Metallarbeitergewerkschaft gewonnen. „Dürr's große Leistung besteht unbestreitbar darin, daß er in zwei Jahren rund 25 000 Arbeitsplätze nahezu geräuschlos abgebaut hat und die Mitarbeit von Betriebsrat und Gewerkschaft für diese notwendigen Opfer erlangen konnte. Hätte er aber nicht noch mehr stilllegen müssen?“ heißt es in der FAZ.

Warum ist AEG am wackeln?

Rund 100 Firmen gehören zum Konzern, produziert wird vom Bügeleisen bis zur Satellitentechnik so ziemlich alles. Bereits Mitte der siebziger Jahre begann sich abzuzeichnen, daß AEG in der Konkurrenz zu anderen Multis kaum mithalten konnte, da z.B. Siemens wesentlich gezielter in der Elektronik investiert hatte und die Eigenkapitaldecke der AEG zu dünn war. Damals begann der Einzug der Banken, die Kredite gaben und allein in den letzten zwei Jahren dafür 1,5 Milliarden Zinsen kassierten. Die Produktpalette wurde gestrafft und auf Dauer unrentable Bereiche verkauft. Der Unternehmensbereich Technik wirft seit einiger Zeit wieder dicke Gewinne ab, die noch gesteigert werden können, wenn AEG mit einem konkurrierenden Multi zusammengehen würde.

Die heutigen Schwierigkeiten liegen im wesentlichen im Bereich der Konsumgüterherstellung, wo seit der Wirtschaftskrise erhebliche Überkapazitäten entstanden sind. Dazu kommt der Tribut, den die Banken fordern: durch die Hochzinspolitik der Regierungen stiegen die fälligen Zinszahlungen ständig an, obwohl die Schulden gesunken sind (von 1981 auf 1982 um rund eine halbe Milliarde DM, z.Zt. noch 5 Milliarden DM). Für dieses Jahr wird mit einem

negativen Zinssaldo von 700 Millionen DM gerechnet. Daran wird deutlich, daß diejenigen, die sich in der Öffentlichkeit als uneigennütige Gönner hinstellen, die Großbanken mit der Dresdner Bank an der Spitze, die eigentlichen Gewinner bei AEG sind.

Wie soll saniert werden?

Beispiel AEG Hausgeräte AG: den Markt teilen sich seit Jahren die Siemens-Tochter Bosch, die Familienunternehmen Bauknecht und Miele, die AEG mit der Tochterfirma Küppersbusch, Zanker, Neff, BBC, Linde Hausgeräte. Der AEG ist es nicht gelungen, durch Aufkaufen von kleineren Konkurrenten seine Marktstellung zu verbessern. Alle diese Firmen konkurrieren innerhalb des Konzerns nun gegeneinander. Zwar liegt der Marktanteil aller AEG-Betriebe bei 20 Prozent (Umsatz 1981: 3,1 Milliarden DM), produziert wird aber mit mehr Personal und teurer als bei z.B. Bosch Siemens. Die Krise mit sinkender Massenkaufkraft zwingt nun zu Entscheidungen. Der Familienbetrieb Bauknecht kann nicht mehr mithalten und will bis zum Jahresende mindestens 1 100 der 7 000 Beschäftigten entlassen, evtl. kommt der Konkurs. Bei AEG werden zwei der zwölf Hausgeräte-Werke dichtgemacht (Zanker, Küppersbusch). Mindestens drei weitere werden folgen, da der AEG-Vorstand die Beseitigung von „Parallelfertigungen“ anstrebt.

Der zweite Hobel wird im Unterhaltungsbereich angesetzt, bei AEG-Telefunken, die gegen japanische oder Grundig-Konkurrenz nicht mehr ankommt.

Der dritte Einschnitt kommt bei AEG-Olympia, das vom Büromaschinenhersteller zum Elektronik-Konzern umgerüstet wird. Arbeitsplatzverluste allein in diesem Jahr: 2 000.

Um allen Risiken aus dem Weg zu gehen, drängen die Banken darauf, die AEG in zwei selbständige Komplexe aufzugliedern: die gewinnträchtige AEG-Technik und die angeschlagene AEG-Konsumgüter. Ins Spiel gebracht wurde der englische Multi General Electric Company, bekannt wegen rüder Rationalisierungspraktiken. Für den Bereich Technik würde damit ein Konzern entstehen der sowohl in Europa wie in den USA erhebliche Marktanteile hätte. Gleichzeitig würde auch hier die Beseitigung von „Parallelfertigungen“ bei elektronischen Bauteilen, Meß- und Regeltechnik, Telekommunikation und Stromerzeugung- und Verteilung anstehen, also wieder Massenentlassungen.

Die Stellung des Gesamt-Betriebsrates und der IG Metall

GBR-Vorsitzender Rubke sieht genauso wie die IG Metall in der Aufteilung „in gute und schlechte Unternehmensteile“ sowie die Hereinnahme von GEC weitere Entlassungen vorprogrammiert. Zahlen von bis zu 40 000 und nochmals 40 000 bei Zuliefererbetrieben werden bereits gehandelt. Damit wäre die bisherige Politik des Gesamtbetriebsrates und der IG Metall gescheitert, durch Stillhalten Arbeitsplätze zu retten. Deshalb hat die IGM in einem Flugblatt, das vor allen AEG-Betrieben verteilt wurde, eine Konzernteilung abgelehnt und weitere Mithilfe der Banken bei der Sanierung gefordert (wie soll die aussehen?). Für die am meisten gefährdeten Bereiche fordert die IGM außerdem „über AEG hinausgehende beschäftigungssichernde Konzepte unter öffentlicher Regie“, bei der die betroffenen Arbeitnehmer und die IG Metall eingeschaltet werden müßten.

GBR-Vorsitzender Rubke schlug weiter vor:

- für fünf Jahre Übernahme der Rentenzahlungen für die etwa 27 000 Pensionäre durch den Pensions-Sicherungsverein. Opfer für die Belegschaft: 600 Millionen DM;
- freiwillige Zeichnung von Firmendarlehen durch die Belegschaft und zwar zinsgünstig;
- Verzicht auf die restlichen noch vorhandenen Sozialeinrichtungen, durch Verkauf der beiden firmeneigenen Ferienhäuser;
- Unterstützung von den meisten Teilen des Vorstandskonzepts, z.B. Aussetzung der Zinszahlungen für 1,75 Milliarden DM Kredit, was den Banken keineswegs Verluste, sondern „nur“ 1,2 statt 1,8 Milliarden Zinsgewinne in den nächsten fünf Jahren bringt;
- Staatsbeteiligung nur vorübergehend, die dann, wenn AEG (auf Kosten des Steuerzahlers) saniert sei, als Aktien wieder an die Börse abgegeben werden könne.

Wachsende Unruhe bei Arbeitern und Angestellten

Einiges ist mittlerweile in Gang gekommen. Bei Küppersbusch in Gelsenkirchen kam es zum Warnstreik. „Wir sind doch kein zweiter Schalker Verein“ lautete ein Sprechchor. Kollege Bleicher vom DGB-Vorstand wies daraufhin, daß „Gelsenkirchen einer beschäftigungspolitischen Katastrophe entgegen geht“.

Bei AEG-Kanis in Nürnberg kam es zum Warnstreik, weil durch die Politik der USA unter Reagans Führung die Auslieferung von Turbinen an die Sowjetunion durch die Werke Nürnberg und Essen gefährdet sind. „Handelsboykott ist Arbeitsplatzmord“ hieß eine Protestlosung.

Vor der AEG-Hauptverwaltung in Frankfurt kam es zu Protesten von Angestellten. Ein Teil von ihnen zog zur Dresdner Bank mit Schildern vor der Brust: drei Vampire Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank stürzen sich auf eine Strohpuppe und saugen sie aus. In Berlin organisierte die IG Metall im Anschluß an eine Betriebsversammlung eine Protestdemonstration mit rund 5 000 Teilnehmern (etwa die Hälfte aller Berliner AEG-Beschäftigten, unter ihnen viele Angestellte) zum Kongreßzentrum, wo die Hauptversammlung der Aktionäre tagte. „Die Führungsmannschaft ist k.o., zum Dürr-Konzept sagen wir no!“ hieß es.

Bei Zanker in Tübingen kam es zum Warnstreik, zur Demonstration und der Wahl eines 12köpfigen Aktionskomitees durch die Vertrauensleute. Der Betriebsratsvorsitzende Paul Dietz wies darauf hin, daß das nötig sei, da der Betriebsrat gesetzlich gebunden sei und viele Aktivitäten nicht mittragen könne. Der örtliche 1. Bevollmächtigte der IG

Metall erklärte: „Arbeitnehmer erklären sich landauf, landab auch bereit, wenn es sein muß, ihren Betrieb zu besetzen.“ Tübingen ist auch ein Beispiel dafür, wie die Friedensbewegung ihre Arbeit verbreitern kann; die Bürgerinitiative unterstützt den Kampf um die Arbeitsplätze. Beide Kirchen predigten „Kanzelabkündigungen“ für die Kollegen.



Auf der Tagesordnung steht die Verbreitung des Widerstandes gegen den Arbeitsplatzabbau im Gesamtkonzern, die Kontaktaufnahme der einzelnen Betriebsteile untereinander, um einheitlich dagegen vorzugehen. Wenn der IGM-Vorstand feststellt, daß die „privatwirtschaftliche Lösung bei AEG gescheitert ist“, dann stellt sich für die Beschäftigten auch die Frage nach der Verfügungsgewalt über die Betriebe. Vorschläge wie sie der GBR-Vorsitzende Rubke oder die IGM gemacht haben, sind keine Lösung, auch nicht das „Entgegenkommen“ der Banken, die nun auf die Beteiligung deutscher Konzerne setzen (was ändert das für die Arbeiter und Angestellten?). Voraussichtlich wird die Bundesregierung gemäß § 12 des Haushaltsgesetzes eine Bürgschaft von einer Milliarde DM gewähren, die Bundesländer Bayern, Hessen, Berlin, Niedersachsen nochmal je 100 Millionen DM. Die Bürgschaften dienen einzig und allein der Absicherung der Großbanken, die bei einer Konzernpleite vollen Zugriff auf die Bürgschaft hätten. Nur wenn um jeden einzelnen Arbeitsplatz gekämpft wird, ist es auf die Dauer auch möglich, die Rolle der Banken in diesem Staat in Frage zu stellen.



PAUL 'VIKTOR' BLEFFERT

So überschrieben die Jusos in Köln einen Artikel in ihrer Betriebszeitung DER KOLLEGE. Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der IG Metall ist die Politik der Interessenvertretung des Klöckner-Humboldt-Deutz Konzerns. Dessen Vorsitzender Paul Bleffert tritt offen gegen Vorstandsbeschlüsse der IG-Metall in Sachen Abführung von Einkünften aus Mitbestimmungstätigkeiten auf, obwohl er selbst zum erweiterten Vorstand in Frankfurt zählt. Diese Haltung der Arbeitnehmervertreter bei KHD soll hier näher betrachtet werden.

Schon immer zählten die Arbeitnehmervertreter der größten Kölner Industrieunternehmen Ford und KHD zum rechten Flügel des politischen Spektrums. So betrieb Paul Bleffert maßgeblich den Sturz der IGM-Ortsverwaltung im Frühjahr 1974, deren damaliger 1. Bevollmächtigter Günter Tolusch war. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung im Frühjahr 1976 - nach zwischenzeitlicher kommissarischer Leitung durch den Frankfurter Vorstand - wurde gegen den Willen der Vorstandsmehrheit der heute noch tätige Walter Malzkorn zum 1. Bevollmächtigten gewählt. Trotz vieler Versuche, das Tätigkeitsfeld von Walter Malzkorn einzuschränken und trotz damaliger Ankündigung der 12 Beiräte sowie der Kandidaten Lübber, Röhrig und Haftendorn im Falle der Wahl von Malzkorn ihr Amt nicht anzutreten, mußte der IGM-Vorstand die gewählte Ortsverwaltung nach fast 2 Monaten Bedenkzeit bestätigen.

Die Presse schrieb damals nach dieser Wahl, man habe den Einfluß der Kommunisten in den Betrieben unterschätzt. Genau diesen angeblichen Einfluß zurückzudrängen ist auch heute noch ein Hauptanliegen der Mehrheit in der Kölner Ortsverwaltung. Dabei wird auch jedes kritische und innergewerkschaftliche Demokratie fordernde Mitglied mit diesem Begriff in Verbindung gebracht.

Das Beispiel Paul Bleffert

Der Machterhaltungskampf von sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsführern und ihren Kritikern, die meinen, bei konsequenter Nutzung der gesetzlichen Möglichkeiten mehr für die Belegschaften herauszuholen zu können, schadet am Ende der Gewerkschaftsbewegung. So wenden sich Mitglieder resigniert mit der Aussage ab, gegen diese Bonzen könne man sowieso nichts machen.

Der Betriebsrat bei KHD setzt Fortbildungsmaßnahmen wie Schulungen usw. konsequent als Machtmittel ein, indem unter eigener Regie möglichst nur ihnen genehme Kollegen und Kolleginnen geschult werden. Lehrgänge der Ortsverwaltung für Funktionsträger werden einfach boykottiert, da der 1. Bevollmächtigte als Referent benannt ist. Sogar eigene Wochenendschulungen mit politisch nicht genehmen Referenten werden kurzerhand abgesagt. Mitgliedern der Ortsverwaltung wird somit ein Maulkorb umgehängt. Vertrauensleute bei KHD haben nur noch selten bzw. gar keine Möglichkeit, mit Kollegen aus anderen Betrieben zu diskutieren.

Im Betrieb sind die Interessen des Betriebsrates kaum noch von denen der Geschäftsleitung zu unterscheiden. Einer analytischen Arbeitsplatzbewertung mit ihren

heute bereits merkbaren großen Nachteilen wurde z.B. zugestimmt, obwohl die IG-Metall zum damaligen Zeitpunkt bereits von solchen Vereinbarungen abriet.

Der Betriebsratsvorsitzende zeichnet im Impressum der Werkzeugzeitung 'ECHO' als Redakteur verantwortlich. Die Arbeitsplatzabbau (in den letzten Jahren 600 bis 700 pro Jahr) und Lohnabbau betreibende Geschäftsleitung konnte trotzdem zur Tarifrunde 1981 folgenden Spruch des Monats unwidersprochen abdrucken: *Geld das man hat macht frei; Geld dem man nachjagd macht unfrei.*



KHD-Chef Liebe

BR-Chef Bleffert

Die neuesten Auseinandersetzungen wurden durch eine Veröffentlichung des Magazins 'Stern' ausgelöst. So hat Paul Bleffert bei einem regulären Jahresgehalt von mehr als 85.000 DM und einem Dienstmercedes die jährlich gezahlten Aufsichtsratsantien in Höhe von 45.000 DM für sich selbst beansprucht, bzw. an andere, vom IGM-Vorstand nicht erlaubte Stellen abgeführt. Darunter auch seinem eigenen Betriebsrat. Was dieser damit tut, ist völlig unklar. Nun ist die Nichtabführung von Aufsichtsratsgeldern an sich nichts Neues, da diese Weigerung bereits seit Jahren vom IGM Vorstand ohne Widersprüche hingenommen wird. Von etwa 27 ehrenamtlichen Aufsichtsräten in Köln hat bisher nur ein einziger seine Geldabführungen offengelegt. Dabei handelt es sich um das Aufsichtsratsmitglied und den Betriebsratsvorsitzenden Franzen der Firma Emi-Elektrola. Dessen Aufsichtsratsbezüge in Höhe von 2.000 DM pro Jahr wären für Betriebsratsboss Bleffert allerdings auch nur ein Taschengeld.

Bleffert lehnt im Gegensatz zu Anderen sehr offen die Hans-Böckler-Stiftung aus politischen Gründen ab. So sagte er auf einer zu diesem Zweck einberufenen Vertrauensleuteversammlung am 28. Mai bei KHD, daß er solche Leute, die dort studieren, nicht unterstützen will, da die doch nur unser Gesellschaftssystem in Frage stellen. Dabei geht es doch bei solchen Einrichtungen darum, **gewerkschaftlich** denkende Fachleute für die vielfältigen Aufgaben der Gewerkschaften heranzubilden und gleichzeitig die Chancengleichheit für Arbeiterkinder etwas zu verbessern. Paul Bleffert unterstützt somit tendenziell die vorhandenen Interessen des Unternehmerlagers. Genau das aber setzt die Hoffnungen der Millionen von Mitgliedern auf mögliche Änderungen herab und ist damit gewerkschaftsschädigend.

Was tun?

Die Vertrauensleutekonferenz am 24. Juni zeigte, daß im Gegensatz zu der Annahme des KHD-Betriebsrates die Diskussion noch nicht beendet ist. Die etwa 400 anwesenden Vertrauensleute stimmten einem Initiativantrag zu, der die Ortsverwaltung auffordert, auf der nächsten Delegiertenversammlung zu den Vorgängen Stellung zu nehmen und die Sachlage aufzuklären. Röhrig kündigte eine schriftliche Stellungnahme von Betriebsratschef Bleffert an den Frankfurter Vorstand an. Auf die lang erwartete Reaktion kann man gespannt sein, da Bleffert indirekt drohte, als er sagte, er wäre in Frankfurt ein unbequemer Mann, aber die Organisation decke, solange es geht. Nur wenn es ihm an die Ehre ginge, würde er mal so einige Sachen ansprechen.

Ein Vertrauensmann faßte auf der Konferenz unsere Aufgaben für die nächste Zeit so zusammen:

Unsere wichtigste und effektivste Aufgabe – die deutliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit anpacken, und das mit einer sauberen Mannschaft!

Um diesem Ziel ein Stück näher zu kommen, ist es aber notwendig, daß die Kollegen und Kolleginnen ihre Interessen stärker als bisher selbst in die Hand nehmen.

Ein mögliches Beispiel gaben die Vertrauensleute der Hoesch-Hüttenwerke (Werk Phönix), die in ihrem Antrag an ihre VKL forderten:

„Um künftig ähnliche Vorgänge wie bei der NH zu ver-

hindern, verlangen wir

1. Die Gehälter des Vorstands unserer Organisation werden auf den Gewerkschaftstagen offengelegt und festgesetzt.

2. Sämtliche zusätzlichen Einkommen und Zuwendungen aus Aufsichtsratsmandaten und ähnlichen Funktionen sind von ehren- und hauptamtlichen Kollegen in vollem Umfang an gewerkschaftliche Einrichtungen bzw. Stiftungen abzuführen.

3. Um eine effektive Arbeit in den Aufsichtsräten im Interesse der Arbeitnehmer zu leisten, soll nicht mehr als ein Aufsichtsratsmandat wahrgenommen werden.

4. Alle dementsprechenden Mandatsträger aus der IGM sind regelmäßig über die Abführung der erhaltenen Bezüge rechenschaftspflichtig. Dies gilt für haupt- und ehrenamtliche Mandatsträger.

5. Vor allen Wahlen haben die Kandidaten dem Wahlgremium offenzulegen, in welchen Funktionen sie sonst noch tätig sind. Die Angaben erstrecken sich nicht nur auf Funktionen die man entgeltlich ausübt.“

Die Kollegen von Hoesch weiter: *„Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wird wieder hergestellt werden können, wenn man auch auf den unteren Ebenen Schlußfolgerungen zieht, die der Durchschaubarkeit und der praktischen Beeinflussbarkeit der Unternehmen von unten her dienen.“*

Köln, 28. Juni 1982

GEWERKSCHAFTER FÜR DEN FRIEDEN:

„DER HAUPTVORSTAND BESTIMMT DIE POLITIK DER ÖTV . . .“

Im Arbeitskreis Frieden – vom ÖTV-Kreisvorstand in Dortmund offiziell eingerichtet – haben sich die Gewerkschafter gesammelt, die in der Friedensbewegung aktiv sind (vgl. Arpo 7/81). Ihrem Engagement ist es vor allem zuzuschreiben, daß auch im gewerkschaftlichen Bereich Veranstaltungen und Aktivitäten zur Friedensfrage unternommen werden. Soweit sie dabei dem hauptamtlichen Apparat zuarbeiten, ist ihre Mitarbeit sogar erwünscht; eigene, selbstständige Initiativen sind demgegenüber nicht gefragt. Die Tätigkeit des Arbeitskreises wurde deshalb von Anfang an

mit Mißtrauen und Sorge vom Gewerkschaftsapparat beobachtet. Hatte man schon nicht verhindern können, daß Gewerkschafter in dieser Frage tätig werden, so mußte zumindest darauf geachtet werden, daß sie eingebunden bleiben in die offizielle Gewerkschaftspolitik.

Zwei Ereignisse riefen nun den ÖTV-Hauptvorstand auf den Plan, und noch kurz vor seinem Rücktritt sah sich Heinz Kluncker genötigt, die Dortmunder Kreisverwaltung in einem Brief an den Geschäftsführer zu ermahnen, nicht aus der Reihe zu tanzen. Was war vorgefallen? Nicht zuletzt auf Initiative des Arbeitskreises hatte der ÖTV-Kreisvorstand den Beschluß gefaßt, den Ostermarsch Ruhr '82 ausdrücklich zu begrüßen. Darüberhinaus hatte sich der Arbeitskreis für eine Anzeigenaktion eingesetzt, mit der Dortmunder Gewerkschafter zum Ostermarsch aufriefen. Im Vorfeld der Demonstration am 10.6. in Bonn schließlich hatten Mitglieder des Arbeitskreises ein Flugblatt verfaßt, das von zahlreichen Gewerkschaftern unter-

schrieben und in ihrem Namen vor Dortmunder Betrieben verteilt worden war.

Ohne auch nur im geringsten auf die Stoßrichtung beider Friedensaktionen einzugehen, pocht nun der Gewerkschaftsapparat darauf, die Satzungsbestimmungen formal einzuhalten, da es keiner Gruppierung innerhalb der ÖTV erlaubt sei, zu Aktivitäten bzw. Initiativen außerhalb des DGB aufzurufen. Dahinter versteckt sich der selbstgefällige Anspruch, daß der DGB schon immer an der Spitze von Friedensbewegungen gestanden habe. Aktivitäten, die sich in dieser Frage neben oder gar unabhängig von ihm zeigen, werden kurzerhand ignoriert und übergangen. Bereits im Mai 1981 hatte der Hauptvorstand der ÖTV daher beschlossen:

„Die Gewerkschaft ÖTV wird sich weiterhin nicht an Aktionen des 'Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit', des 'Krefelder Appells' oder ähnlichen Initiativen beteiligen. Auch kein Mitglied der Gewerkschaft ÖTV ist legitimiert, sich im Namen der Gewerkschaft ÖTV an irgendwelchen Aktionen oder Aktivitäten des sogenannten 'Krefelder Appells' oder des 'Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' oder ähnlichen Initiativen zu beteiligen.“

Damit stellt sich die ÖTV praktisch nicht nur selbst ins Abseits, sondern geht auch jeder inhaltlichen Diskussion über Möglichkeiten und Perspektiven gewerkschaftlicher Friedensarbeit unter den Mitgliedern aus dem Wege: *„Der Hauptvorstand bestimmt die Politik der ÖTV . . .“*